

Antrag KPT 01.11.2014 - Wasserschutzpolizei



Der Kreisparteitag der CDU-Nordfriesland möge beschließen:

Die CDU Nordfriesland fordert die Landesregierung auf, von den Planungen zum Stellenabbau in der Landespolizei Abstand zu nehmen.

Weil die Bürger Schleswig-Holsteins eine handlungsfähige, einsatzbereite und sichtbare Landespolizei brauchen, lehnen wir deshalb Stellenkürzungen bei der Landespolizei, und damit auch bei der Wasserschutzpolizei entschieden ab.

Begründung:

Der Stellenabbaupfad der Landesregierung sieht vor, insgesamt 282 Stellen zu streichen. Die Bereiche Verkehrsüberwachung, Wasserschutzpolizei und IT wurden dazu besonders betrachtet.

In den vergangenen Wochen ist bereits deutlich geworden, dass Stellenreduzierungen bei der Verkehrsüberwachung nicht möglich sein werden, und dass Aufgabenverlagerungen an externe IT-Dienstleister den Landeshaushalt erheblich stärker belasten würden.

Nach wie vor ist jedoch seitens der Landesregierung von einer Streichung bei der Wasserschutzpolizei von ca. 80 Stellen die Rede. Dies würde auch das Revier der Wasserschutzpolizei Husum mit seinen Stationen in Husum, Büsum, auf Helgoland, Föhr und Sylt sehr stark betreffen.

Bereits bei der Ermittlung der Streichpotentiale sind systematische Fehler gemacht worden. So wurden hauptsächlich Einsatzzahlen von Schutz- und Kriminalpolizei mit Einsatzzahlen der Wasserschutzpolizei verglichen. Die Einsätze auf See sind in ihrem Aufwand jedoch nicht ohne weiteres mit Einsätzen an Land zu vergleichen.

Vor allem die starke Entwicklung im maritimen Bereich, die Seeverkehrsprognose 2030 des Bundes und das Hafenenwicklungskonzept Schleswig-Holstein prognostizieren für die kommenden Jahre ein Wachstumspotential von jährlich 2-3 %. Diese Entwicklung stellt aber auch steigende Anforderungen an die Sicherheit in den Häfen und auf See.

Steigendes Verkehrsaufkommen in der Deutschen Bucht, zunehmender Seeverkehr von Container- und Kreuzfahrtschiffen, der Ausbau im Offshore-Bereich, die Ölförderung Mittelplate, die Fischereiaufsicht und die Sicherung verschiedener maritimer Veranstaltungen erfordern auch an der Westküste eine handlungsfähige Wasserschutzpolizei. Ebenso ist die Sichtbarkeit der Polizei im Nationalpark Wattenmeer unerlässlich, denn sie dient der Prävention und Verfolgung von Umweltdelikten und damit dem Schutz des Weltnaturerbes Wattenmeer.

Für den CDU-Kreisvorstand

Astrid Damerow, MdL